expertenReport

Mindestlohn-Schock trifft Deutschland in der Flaute!

Ute Pappelbaum

Höhere Löhne, geringere Beschäftigung

Zum 1. Januar 2026 steigt der gesetzliche Mindestlohn in Deutschland auf 13,90 Euro – ein Anstieg um 8,4 Prozent gegenüber dem bisherigen Wert von 12,82 Euro. Laut ifo-Umfrage sehen sich 37,3 Prozent der befragten Betriebe direkt von der Erhöhung betroffen, vor allem das Gastgewerbe (77#%), der Einzelhandel (71#%), die Textilindustrie (62#%) sowie die Nahrungsmittelhersteller (59#%).

21,7 Prozent der betroffenen Unternehmen planen infolge der Erhöhung, Beschäftigung abzubauen – doppelt so viele wie bei der letzten großen Anhebung 2022. Minijobs (20,2#%) und sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse (18,5#%) sind besonders betroffen. Während drei Viertel der Firmen keine personellen Veränderungen erwarten, sind die relativen Anteile der Kürzungspläne deutlich gestiegen.

Preisanpassung trifft auf Konsumzurückhaltung

49,7 Prozent der betroffenen Unternehmen wollen ihre Preise anheben – ein leichter Rückgang im Vergleich zu 2022 (54,8#%). Gleichzeitig rechnen 25,2 Prozent mit sinkender Nachfrage – ein Zeichen dafür, dass die Spielräume zur Weitergabe gestiegener Lohnkosten schrumpfen. Auch die Investitionsbereitschaft leidet: 27,7 Prozent der Unternehmen planen Kürzungen – fast doppelt so viele wie 2022. Fortbildungsmaßnahmen, Boni und sogar die Arbeitszeit stehen ebenfalls zur Disposition.

Wettbewerbsfähigkeit und Margen unter Druck

Mehr als die Hälfte (51,0#%) der direkt betroffenen Betriebe erwartet sinkende Profitabilität, über ein Drittel (36,7#%) sieht eine Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit. Gleichzeitig gehen 44,3 Prozent von steigenden Einkaufspreisen aus – eine doppelte Kostenbelastung. Die wirtschaftliche Lage lässt den Unternehmen immer weniger Optionen offen, auf steigende Löhne mit unternehmerischen Antworten zu reagieren.

Systemischer Hebel: Die Konjunktur zählt mit

Die Umfrage zeigt deutlich: Mindestlohnerhöhungen entfalten ihre Wirkung nicht im Vakuum. Die wirtschaftliche Gesamtlage wirkt als Verstärker – je schwächer die Konjunktur, desto größer die beschäftigungs- und investitionspolitischen Konsequenzen. Studien aus den USA und Deutschland bestätigen: In Rezessionsphasen sind negative Arbeitsmarkteffekte durch Mindestlöhne ausgeprägter.

Regulierung mit Blick nach hinten

Bisher orientiert sich die Mindestlohnkommission primär an der zurückliegenden Tariflohnentwicklung. Die konjunkturelle Situation spielt dabei keine systematische Rolle. Der aktuelle Sprung auf 13,90 Euro holt vor allem Tarifanstiege nach, die während der Inflation seit 2022 ausgeblieben waren – jedoch mit Zeitverzögerung und verschärfter Wirkung. Die wirtschaftliche Realität im Jahr 2026 unterscheidet sich grundlegend von jener vor vier Jahren.

Fragil, aber nicht chancenlos

Die aktuelle Entwicklung zeigt: Nicht die Lohnhöhe selbst, sondern der Zeitpunkt ihrer Anpassung entscheidet über die Folgen. In einer angespannten Konjunktur können selbst moderate Anhebungen starke Ausschläge verursachen – nicht weil die Erhöhung zu hoch wäre, sondern weil die wirtschaftliche Widerstandskraft fehlt. Unternehmen, die kaum noch Spielräume haben, reagieren rational – mit Kürzungen, Rückzug und Preisdruck.

Versicherungs- und Finanznachrichten

expertenReport

https://www.experten.de/id/4947248/mindestlohnerhoehung-2026-wirtschaftliche-auswirkungen/